

Das Berufsbildungssystem in Frankreich

Diese Monographie wurde verfaßt von:

Circé
74-80, rue Roque de Fillol
F-92800 PUTEAUX

im Auftrag von
CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung

Koordinierung des Projekts: J. Michael Adams, Reinhard Nöbauer – CEDEFOP
Leitung: Stavros Stavrou, Stellvertretender Direktor – CEDEFOP

2. Auflage, Thessaloniki 1999

Herausgeber:
CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
Europe 123, GR-57001 THESSALONIKI (Pylea)

Postanschrift:
PO Box 22427, GR-55102 THESSALONIKI

Tel. (30-31) 490 111
Fax (30-31) 490 020
E-mail: info@cedefop.eu.int
Homepage: www.cedefop.eu.int
Interaktive Website: www.trainingvillage.gr

Das Zentrum wurde durch Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates der Europäischen Gemeinschaften errichtet, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 251/95 vom 6. Februar 1995 und Verordnung (EG) Nr. 354/95 vom 20. Februar 1995.

Technische Universität Darmstadt

Inv. Nr. 19403/2004

Institut für Berufspädagogik

Bibliothek für Berufspädagogik
TU Darmstadt



59179888

Inhaltsverzeichnis

6

Einleitung des Verfassers	9
Kapitel 1 — Allgemeine Informationen	13
1.1 Politische und administrative Strukturen	13
1.1.1 Die Französische Republik	13
1.1.6 Die Dezentralisierung im Bildungswesen	14
1.1.8 Die Dezentralisierung im Bereich der Berufsbildung	14
1.2 Bevölkerung	15
1.2.1 Demographische Angaben	15
1.2.3 Erwerbsbevölkerung	16
1.3 Wirtschaft und Beschäftigung	17
1.3.1 Wirtschaft	17
1.3.5 Beschäftigung	19
1.3.10 Arbeitslosigkeit	21
1.3.13 Langzeitarbeitslosigkeit	23
1.3.16 Ausländische Arbeitskräfte	24
Kapitel II — Kurze Beschreibung des französischen Bildungssystems	27
2.1 Allgemeine Darstellung des Bildungssystems	27
2.2 Die Entwicklung des Bildungssystems	29
2.3 Die Finanzierung des Bildungssystems	30
Kapitel III — Das Berufsbildungssystem	31
3.1 Geschichte	31
3.1.2 Die schwierige Entwicklung der Berufsbildung in Frankreich	31
3.1.5 Die Entstehung des heutigen Systems	33
3.1.11 25 Jahre berufliche Weiterbildung	35
Die Institutionalisierung der Berufsbildungspolitik	35
3.1.17 Vom lebenslangen Lernen zur Beschäftigungsplanung	36
3.1.19 Die Anpassung des Systems an eine moderne Volkswirtschaft	37
3.1.22 Die Vereinfachung des Systems	38
3.1.30 Schlußbemerkung zur historischen Entwicklung des Systems der beruflichen Weiterbildung	40
3.2 Die berufliche Erstausbildung	41
3.2.2 Die berufliche Bildung im Rahmen des Bildungssystems	41
3.2.4 Das berufsbildende Schulwesen	42
3.2.10 Das technologisch-fachliche Schulwesen	44
3.2.18 Die "Professionalisierung" des Hochschulwesens	45
3.2.24 Das landwirtschaftliche Schulwesen	49
3.2.30 Die Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung Jugendlicher	51
3.2.31 Einführung der Maßnahmen	51
3.2.37 Die geltenden Maßnahmen	53
3.2.37 Die Lehre	53
3.2.38 Der Lehrvertrag	53
3.2.43 Die Ausbildung	54
3.2.46 Die Finanzierung der Lehre	55
3.2.49 Die alternierenden Ausbildungsformen	55
3.2.50 Die verschiedenen Typen von Verträgen	56
3.2.51 Der Ausbildungsvertrag zur beruflichen Orientierung	56
3.2.53 Der Qualifizierungsvertrag	56
3.2.57 Der Ausbildungsanpassungsvertrag	57
3.2.60 Die Betreuung durch einen Betriebsangehörigen	58
3.2.63 Die Finanzierung der alternierenden Ausbildungsformen	58
3.2.64 Die direkte Verwendung der 0,1 % und 0,4 %	59

3.2.65	Zahlung an eine staatlich anerkannte paritätische Ausbildungskasse zur Finanzierung der alternierenden Ausbildung	59
3.2.68	Zahlungen an die Staatskasse	60
3.2.69	Alternierende Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche	60
3.2.75	Der Vertrag im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	61
3.2.79	Bilanz der Maßnahmen zur beruflichen Ersteingliederung	62
3.2.79	Die Lehre	62
3.2.83	Die alternierenden Ausbildungsformen	64
3.2.84	Die alternierenden Ausbildungsmaßnahmen	65
3.2.85	Die Verträge im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	65
3.2.86	Die Berufsberatung Jugendlicher	65
3.2.87	Die Berufsberatung im schulischen Bereich	65
3.2.91	Die Berufsberatung im außerschulischen Bereich	65
3.3	Die berufliche Weiterbildung	68
3.3.3	Die Weiterbildung der Arbeitnehmer	68
3.3.4	Die Rechtsansprüche Beurlaubung	68
3.3.5	Der Bildungsurlaub von Arbeitnehmern in unberfristeten Arbeitsverhältnissen (CIF-CDI)	69
3.3.6	Das Recht auf Beurlaubung	69
3.3.11	Die Finanzierungsmöglichkeiten	70
3.3.17	Die Regelung des Bildungsurlaubs bei anderen Arbeitnehmern	71
3.3.18	Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen	71
3.3.20	Zeitarbeitskräfte	72
3.3.22	Bilanz des CIF	72
3.3.23	Die Beurlaubung zur Feststellung der Kompetenzen	73
3.3.26	Andere Ansprüche auf Beurlaubung	73
3.3.27	Der betriebliche Bildungsplan	73
3.3.28	Entscheidungsbefugnis des Arbeitgebers	74
3.3.31	Anhörung des Betriebsrates	74
3.3.33	Qualifizierende Weiterbildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitszeit	75
3.3.34	Das Guthaben für Berufsbildungszeiten	75
3.3.35	Die berufliche Weiterbildung im öffentlichen Sektor	76
3.3.38	Die staatlichen Bediensteten	77
3.3.41	Die öffentlichen Bediensteten der Gebietskörperschaften	78
3.3.44	Die öffentlichen Bediensteten im Krankenhauswesen	79
3.3.47	Die staatlichen Maßnahmen	80
3.3.48	Maßnahmen zugunsten der Arbeitsuchenden	80
3.3.49	Die Maßnahmen	80
3.3.53	Durchführung der Maßnahmen	82
3.3.54	Hilfen zur beruflichen Weiterbildung in den Betrieben	82
3.3.57	Maßnahmen zur Förderung bestimmter Zielgruppen und Sektoren	83
3.3.58	Gemeinsame Maßnahmen von Staat und Regionen	83
3.3.62	Die regionalen Programme zur beruflichen Bildung	84
3.3.64	Umsetzung der Dezentralisierung	85
3.3.67	Zahl der Teilnehmer an den durchgeführten Maßnahmen und Betroffene Berufssparten	85
3.3.69	Die beruflich-soziale Aufstiegsförderung	86
3.3.73	Die berufliche Beratung Erwachsener	86
3.3.74	Die Beratungsanbieter	86
3.3.82	Die Beratungsmaßnahmen	88
	Kapitel IV — Regelapparat und Finanzierung	89
4.1	Der Regelapparat	89 X
4.1.2	Regelschöpfung	89 X
4.1.6	Die öffentlichen Entscheidungs- und Verwaltungsinstanzen	90 X
4.1.7	Die staatlichen Strukturen	90 X
4.1.7	Das Ministerium für Beschäftigung und Solidarität	90

4.1.8	Die Organisation der zentralen staatlichen Dienststellen	92
4.1.17	Die Organisation der dezentralen staatlichen Dienststellen	93
4.1.20	Das Ministerium für das Staatliche Bildungswesen, Forschung und Technologie	95
4.1.22	Andere Ministerien	95
4.1.23	Die Regionalräte	96
4.1.24	Die Konzertierungsinstanzen und -verfahren	96
4.1.25	Vom Staat geschaffene Konzertierungsinstanzen	96
4.1.26	Konzertierungsinstanzen im Bereich der beruflichen Erstausbildung	96
4.1.31	Konzertierungsinstanzen im Bereich der beruflichen Weiterbildung	97
4.1.38	Von den Sozialpartnern geschaffene Instanzen	98
4.1.39	Paritätische Instanzen	98
4.1.44	Verwaltungsinstitutionen	99
4.1.47	Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung	100
4.1.48	Bilanz der Konzertierung im Bereich der Beruflichen Aus- und Weiterbildung	101
4.1.52	Der Weiterbildungsmarkt	102
4.1.53	Weiterbildungseinrichtungen	102
4.1.60	Pädagogische Methoden	104
4.1.66	Die Regulierung des Weiterbildungsmarktes	105
4.2	Die Finanzierung der Berufsbildung	105
4.2.2	Die Gesamtausgaben für Bildung	105
4.2.4	Die finanziellen Aufwendungen des Staates	106
4.2.5	Die finanziellen Aufwendungen der Regionen	106
4.2.7	Die finanziellen Aufwendungen der Unternehmen	107
Kapitel V — Qualitative Aspekte		109
5.1	Zertifizierung und Qualifikationen	109
5.2	Die Ausbildung der Ausbilder	111
Kapitel VI — Tendenzen und Perspektiven		115
6.1	Die Entwicklungsfaktoren	115
6.1.1	Die inneren, für Frankreich spezifischen Gegebenheiten	115
6.1.10	Die Auswirkungen der europäischen Integration	117
6.2	Welche Lösungen wird die Zukunft bringen?	119
6.2.2	Die Neuverteilung der Verantwortung zwischen den Akteuren	119
6.2.4	Das Prinzip der alternierenden Ausbildung	119
6.2.8	Der Finanzbedarf des Systems	120
6.2.14	Die Umstrukturierung des Weiterbildungsmarktes	121
6.2.16	Weitere Perspektiven	122
Anhänge		125
Anhang 1 - Akronyme und Abkürzungen		127
Anhang 2 - Wichtige Anschriften		134
Anhang 3 - Literatur		137
Anhang 4 - Glossarium		139
Anhang 5 - Die wichtigsten gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen zur Berufsbildung		141